

Anlage zu Förderantrag vom

Antragsteller

## Finanzierungsplan zum Antrag auf Förderung nach RL LE/2014

(außer Teilnehmergeinschaften die HKR verwenden)

### 1. Geplante Ausgaben

	einschl. MwSt.	davon MwSt.
1.1 Ausgaben für die beantragte Maßnahme ohne Grunderwerb	EUR	EUR
1.2 Ausgaben für den Grunderwerb (sofern förderfähig)	EUR	EUR

Die Auflistung der geplanten Ausgaben ist mit dem Formblatt „Ausgabenzusammenstellung“ beizufügen.

Die Mehrwertsteuer gehört, soweit sie nicht als Vorsteuer nach nationalem Recht rückerstattet wird, zu den förderfähigen Ausgaben.

Für das Vorhaben bin ich / sind wir zum Vorsteuerabzug berechtigt:

ja                      nein                      teilweise (        %)

Von nichtvorsteuerabzugsberechtigten Unternehmen, Vereinen und Stiftungen sind geeignete Unterlagen (z. B. eine aktuelle Bestätigung des Steuerberaters oder des Finanzamtes ggfs. einschließlich Informationen zu den wirtschaftlichen und ideellen Teilbereichen) vorzulegen.

Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir eine Erstattung der Mehrwertsteuer nicht beantragt habe/n und dass ich/wir für den Fall der künftigen Beantragung dazu verpflichtet bin/sind, die Bewilligungsbehörde umgehend schriftlich über die Beantragung zu informieren.

### 2. Sonstige Finanzierungsquellen und Deckungsmittel

Hinweis:

Sie sind verpflichtet, alle mit demwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen für das Vorhaben einzusetzen und im Finanzierungsplan anzugeben.

Haben Sie für die beantragte Maßnahme weitere öffentliche Zuwendungen oder zweckgebundene (projektspezifische) Spenden und ähnliche Mittel Dritter zur Finanzierung des beantragten Vorhabens eingeplant, beantragt oder bereits erhalten (Zuwendungsbescheid etc.)?

nein

ja, und zwar folgende

## 2 a öffentliche Zuwendungen

Stelle	Art	Geplant/ beantragt	erhalten	Betrag
				EUR
				EUR
				EUR

(Öffentliche Zuwendungen reduzieren die beantragte Zuwendung)

## 2 b zweckgebunden Spenden und ähnliche Mittel Dritter

Stelle	Art	Geplant/ beantragt	erhalten	Betrag
				EUR
				EUR
				EUR

(Diese Mittel können zur Deckung des Eigenanteils verwendet werden. Sofern sie den Eigenanteil übersteigen, reduzieren sie die beantragte Zuwendung.)

( Hinweis: In Neuordnungsverfahren (FlurbG, LwAnpG) sind Beiträge der Beteiligten keine Zuschüsse Dritter)

## 3. Beantragte Zuwendung

Auf Grundlage der vorangemachten Angaben beantrage(n) ich/wir nachfolgende Zuwendung:

<b>beantragte Ausgaben mit/ ohne MwSt.*</b>		EUR
<b>Fördersatz</b>	%	
[nur bei Fördergegenstand II.1] LEADER/Zuschlag <i>(hier muss der entsprechende Nachweis dieser Voraussetzung z. B. Beschluss des Entscheidungsgremium (EG) des jeweiligen LEADER-Gebietes, erbracht werden)</i>	%	
<b>beantragter Fördersatz</b>		%
<b>beantragte Zuwendung</b>		EUR
<b>Zuwendung nach Abzug öffentlicher Zuwendungen (Tabelle 2a) und den Eigenanteil übersteigender Mittel (Tabelle 2b)</b>		EUR

Hinweis:

Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten zuwendungsfähigen Ausgaben, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel (z. B. Investitionszulagen) hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung.

Die Finanzierung (Vor- bzw. Zwischenfinanzierung) der Maßnahme ist bis zur Auszahlung des Zuschusses in vollem Umfang durch den Antragsteller zu gewährleisten.

Das Vorhaben wird in folgendem Zeitraum durchgeführt:

von (Monat/Jahr) bis (Monat/Jahr)

Aufteilung der Gesamtausgaben nach Jahren in EUR		

*Für Vorhaben, die im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit oder durch eine wirtschaftlich betriebene Einrichtung (z. B. unternehmerische, gewerbliche oder selbständige Tätigkeiten) erfolgen, sind Teilauszahlungen ausgeschlossen.*

#### 4. Eigenanteil

Eigenanteil	EUR
davon Eigenmittel (bar)	EUR
davon Eigenleistung (unbar) [nur bei den Fördergegenständen II.1]	EUR
davon Kredite	EUR

Werden für dieses Vorhaben öffentlich-rechtliche Beiträge (z. B. Straßenausbaubeiträge) erhoben?

nein ja

Als Nachweise sind beizufügen:

- bei Gebietskörperschaften ab 50.000 € Eigenanteil die Gemeindegewirtschaftliche Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde
- bei Krediten eine Kreditbereitschaftserklärung des Kreditinstitutes (außer bei Gebietskörperschaften)
- Nachweis barer Eigenmittel (außer bei Gebietskörperschaften)
- ggf. Satzung für öffentlich-rechtliche Beiträge

Ort

Datum

Name des Antragstellers bzw. des Vertretungsberechtigten

Funktion  
(zusätzlich für jur. Personen: Amts-, Funktionsbezeichnung)

Unterschrift des Antragstellers bzw. des Vertretungsberechtigten / Stempel